

Zunächst erfolgt eine ausführliche Erläuterung des vorliegenden SPD-Antrages durch Stv. D. Grütz.

Stv. Hoene teilt die Meinung der SPD, dass es grundsätzlich nicht falsch sei, sich mit dem Thema zu beschäftigen und eine Potentialanalyse durchzuführen. Jedoch könne eine solche Analyse nicht von der Verwaltung vorgenommen werden. Er erinnert auch an eine Abfrage des Oberbergischen Kreises vor nicht allzu langer Zeit, wo in den kreisangehörigen Kommunen die Windenergiegewinnung möglich sei. Aufgrund des Ergebnisses müsse hier kein neuer Anlauf gestartet werden. Zudem halte er den Energiemarkt für so speziell, dass es als Kommune sehr schwierig sei, das Thema Energiewirtschaft zu händeln. Realistisch halte er hier beispielsweise eine Anteilseignerschaft an einem größeren Konzern, wie z. B. der AggerEnergie.

Stv. Siepermann erachte es als sinnvoll, zunächst einmal zu prüfen, wer sich bereits mit diesem Thema befasst habe. Ihm sei bekannt, dass sich Rainer Molitor von der Regionale bereits seit langer Zeit mit diesem Thema befasse. Interessant sei auch, was z. B. die AggerEnergie in dieser Sache unternommen habe.

Stv. Schmid erklärt, dass der erste Teil des Antrages in den Ausschuss für Umwelt und Zukunftsfragen gehöre. Dieser befasse sich fachlich mit regenerativen Energien. Der zweite Teil des Antrags, wie das Thema umgesetzt werde, gehöre jedoch in einen anderen Ausschuss.

Stv. Kämmerer teilt daraufhin mit, dass eine Behandlung der Angelegenheit in Kooperation des Bau- und Planungsausschusses mit dem Ausschuss für Umwelt und Zukunftsfragen erfolgen könne. Aufgrund des angesprochenen Themas der Windenergie weist er darauf hin, dass aufgrund der Abholzungen in den letzten Jahren riesige Waldflächen zur Verfügung stünden. Die Waldbauern selbst stellten bereits Überlegungen an, was mit diesen Flächen passieren könne. Hier wäre z. B. die Anpflanzung von Energiewäldern eine Möglichkeit.

Stv. Krieger hält eine Verweisung für nicht sinnvoll. Es sei vorstellbar, andere zu fragen, was in ihrem Fall bereits passiert sei und gleichzeitig selber tätig zu werden.

Anschließend beschließt der Stadtrat die Verweisung des SPD-Antrags zur Potentialanalyse für Energieparks in Bergneustadt in den Bau- und Planungsausschuss sowie Ausschuss für Umwelt und Zukunftsfragen.